TOP

Umweltausschuss	08.02.2011
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	17.02.2011

öffentlich

Ergänzung zur Vorlage Nr.	011/2011-SUA/1
Stand	31.01.2011

Betreff Einbau eines Blockheizkraftwerks (BHKW) im Rathaus Bornheim

Beschlussentwurf Umweltausschuss:

Der Umweltausschuss nimmt zustimmend Kenntnis von den Ausführungen und beauftragt den Bürgermeister, die im Sachverhalt dargestellten Prüfungen der Wirtschaftlichkeit eines BHKW durchzuführen und eine Entscheidung über den Ersatz der Notstromversorgung für den Haushalt 2012 erneut vorzulegen.

Beschlussentwurf Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt zustimmend Kenntnis von den Ausführungen und beauftragt den Bürgermeister, die im Sachverhalt dargestellten Prüfungen der Wirtschaftlichkeit eines BHKW durchzuführen und eine Entscheidung über den Ersatz der Notstromversorgung für den Haushalt 2012 erneut vorzulegen.

Sachverhalt:

Zur Wirtschaftlichkeit des Betriebes eines Blockheizkraftwerks (BHKW) im Rathaus ist weiterer Klärungsbedarf entstanden. Wie in Vorlage 11/2011 dargestellt, ist die Wirtschaftlichkeit bei einer Betriebsstundenzahl von 4.900 Stunden im Jahr deutlich gegeben. Diese Betriebsstundenzahl wurde aus den derzeit vom Rathaus vorliegenden realen Gasverbräuchen in 2009 und 2010 als realistisch abgeleitet. Nun haben sich aus dem jetzt vorgelegten RWE-Energie-Controlling Bericht 2010 für das Rathaus Hinweise ergeben, dass sich durch Optimierung der Heizungssteuerung erhebliche Reduzierungen der Heizungslaufzeiten (und damit Heizkosteneinsparungen) ergeben könnten, was nicht ohne Folgen für die Betriebsstundenzahlen des BHKWs bleiben würde. Denn die aktuelle Gasverbrauchskurve des Bornheimer Rathauses weist verglichen mit einem Normgebäude eine deutliche Atypik auf. Legt man die typischen Verbräuchen eines "genormten" Rathauses zugrunde, käme man nach Aussage des beauftragten Ingenieurbüros auf etwa 2.500 Betriebsstunden im Jahr. Bei dieser Betriebsstundenzahl lässt sich die Wirtschaftlichkeit eines BHKWs auch nach Abzug der eingesparten Investition für die Notstromversorgung nicht mehr darstellen.

Der Bürgermeister möchte daher zunächst abklären, ob durch Optimierung der Heizungssteuerung und Warmwassererzeugung die Gasverbrauchskurve an einen typischen Verlauf angenähert werden kann. Dies würde dann zwar einerseits zur Unwirtschaftlichkeit des BHKWs führen, andererseits aber erhebliche Energieeinsparungen bedeuten, was vorrangiges Ziel sein sollte.

Da die Frage der Annäherung an eine typische Gasverbrauchskurve nicht bis zu den Haushaltsberatungen 2011 beantwortet werden kann, ist beabsichtigt, jetzt zunächst im Rahmen der technischen Gebäudesanierung die Vorhaltungen zum Anschluss eines BHKWs im Rathauskeller (ohne nennenswerte Mehrkosten) mit auszuführen und die Entscheidung über den Einbau eines BHKWs bzw. den Ersatz des Notstromaggregats nach 2012 zu verschieben.

Im Übrigen wird auf den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zur HFWA-Sitzung am 17.02.2010 Bezug genommen. Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass dieser Antrag auch im Fachausschuss beraten werden sollte.

Der dem Antrag der CDU-Fraktion zugrunde liegende Gedanke wird vom Prinzip her unterstützt. Schließlich ist die gemeinsame Strom- und Wärmenutzung im Bereich des Rathauses bereits einer der Kernpunkte im Aktionsplan Klimaschutz der Stadt Bornheim. Im konkreten Fall sprechen aber folgende Gründe gegen ein zentrales BHKW im Rathaus und einen Nahwärmeverbund mit Dritten:

- Ein Nahwärmeverbund mit dem AvH-Gymnasium besteht bereits seit Bau des Gymnasiums. Das Gymnasium besitzt keine eigene Heizzentrale.
- Das Beethovenstift installiert derzeit ein eigenes BHKW mit 50 kW elektrischer Leistung.
- Das BHKW im Rathaus dient vorrangig auch der Ersatzstromversorgung, aus Sicherheitserwägungen heraus soll das BHKW im Rathaus stehen und elektrisch hier eingebunden werden.
- Eine BHKW-Verbundlösung macht nur Sinn mit einem großen BHKW. Hierfür fehlen im Rathaus die Räumlichkeiten, es müssten neue auf dem Rathausgelände geschaffen werden (Kosten!). Ein großes BHKW im Rathauskeller würde auch zuviel Lärm emittieren, um die Lärm-Grenzwerte in gegenüberliegenden Büros einzuhalten. Im Übrigen sinken bei elektrischen Leistungen über 50 kW die Vergütungssätze nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Dies alles macht das Projekt im Zusammenhang mit der Rathaussanierung unwirtschaftlich.
- aus gleichen Gründen ist ein Strom- und Nahwärmeverbund mit dem Gebäude der DHPG neben dem Rathaus verworfen worden.
- Ein BHKW-getriebener Nahwärme- und Stromverbund kann mittelfristig unter wirtschaftlichen und Umweltgesichtspunkten grundsätzlich Sinn machen, wirft aber viele Fragen auf (Konzession, wer ist Lieferant und Abnehmer, Versorgungssicherheit, Notstromverteilung etc.), die nicht im Zusammenhang mit der Rathaussanierung zu klären sind.

Finanzielle Auswirkungen:

derzeit nur Personalkosten im Rahmen der Prüfung

Anlagen zum Sachverhalt

Ergänzungsantrag vom 19.01.2011